

FREIBERUFLER-TICKER vom 16. Juli 2021

1. OECD: Regierungen müssen mehr für Krisenfestigkeit und Vertrauen tun

Dieses Fazit zieht die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in der aktuellen Auflage von „[Government at a Glance](#)“ (Regierung und Verwaltung auf einen Blick), die Ende vergangener Woche [vorgestellt](#) wurde. Laut der Studie gehört zu den wichtigsten Lehren der Pandemie, dass Regierungen auf künftige Krisen rasch und angemessen reagieren und dabei zugleich Vertrauen und Transparenz wahren müssen. Die Stärkung der Demokratie sollte zu den obersten Prioritäten gehören. Die OECD empfiehlt, verstärkte Anstrengungen in drei Bereichen zu unternehmen, um Vertrauen und Transparenz zu steigern und die Demokratie zu festigen: (1) Fehlinformationen verhindern, (2) Mitsprache und Beteiligung fair und transparent erhöhen und (3) Regierungs- und Verwaltungshandeln stärken. Aus der [Ländernotiz für Deutschland](#) geht hervor, dass Deutschland beim Digital Government Index unter dem OECD-Durchschnitt liegt. Die Studie erscheint alle zwei Jahre. Sie enthält umfangreiche Daten zu den öffentlichen Verwaltungen der 364 OECD-Mitgliedsländer und bietet Regierungen und Verwaltungen die Möglichkeit, ihre Leistungen im internationalen Vergleich zu analysieren und von den Erfahrungen anderer Länder zu profitieren.

2. Ausbildungsplatznachfrage und -angebot fallen weiter auseinander

Das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA) veröffentlichte Ende vergangener Woche seine neue Studie „[Lockdown am Ausbildungsmarkt: Folgen für die Fachkräftesicherung](#)“. Demnach sank zwischen 2007 und 2020 sowohl das Angebot an als auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Das Ausbildungsplatzangebot ging um 18,1 Prozent zurück, während die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im gleichen Zeitraum um 24,6 Prozent sank. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der unbesetzten Stellen, 2020 waren es 60.000. Zudem verschärfen sich in den letzten Jahren die Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt. Ein entscheidender Grund dafür liegt auch in regionalen Unterschieden, wenn Stellen in Regionen ausgeschrieben wurden, in denen die Nachfrage vergleichsweise gering war und andersherum. Als Lösung empfehlen die KOFA-Studienautoren, im Rahmen der Berufsorientierung möglichst viele Einblicke in die Praxis, zum Beispiel durch Praktika oder Betriebsbesichtigungen, zu ermöglichen. Auch die Corona-Pandemie prägte den Ausbildungsmarkt stark, sodass sowohl die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze als auch die Zahl der Bewerber 2020 so stark zurückgingen wie noch nie. Die KOFA-Studie führt den Rückgang bei den Jugendlichen zum großen Teil auf fehlende Möglichkeiten zur Berufsorientierung zurück. 2021 setzt sich dieser Rückgang fort: Die Zahl der gemeldeten Bewerber ging im Vergleich zum Vorjahr 2020 bis zum Mai 2021 noch einmal um etwa acht Prozent zurück, die der angebotenen Ausbildungsplätze um etwa drei Prozent. Eine weitere Erkenntnis der Studie ist, dass vor allem in Berufen, die auf dem Arbeitsmarkt Fachkräfteengpässe aufwiesen, Unternehmen Schwierigkeiten bei der Ausbildungsplatzbesetzung hatten. Dort konnten die Unternehmen knapp 15 Prozent aller Ausbildungsplätze nicht besetzen, in Nicht-Engpassberufen blieben 11,3 Prozent unbesetzt. Eine Erklärung dafür liegt auch darin, dass die Unternehmen ihr Ausbildungsengagement in den Engpass-Berufen deutlich erhöhten. Als Fazit leiten die Studienautoren Handlungsempfehlungen für die Unternehmen ab, die Passungsprobleme lindern könnten. Beispielsweise können Unternehmen ihre Berufe intensiver präsentieren, Geflüchtete für die Ausbildung gewinnen und in der Berufsorientierung aktiv sein.

3. „Corona-Daten Deutschland“: Neues Datenangebot online

Die Plattform „[Corona-Daten Deutschland](#)“ stellt aktuelle und regional tief gegliederte Datensätze aus amtlichen und nichtamtlichen Quellen zur Verfügung, sie entsprechen deshalb nicht in jeder Hinsicht dem Reifegrad amtlicher Statistiken. Die Daten sind im Zusammenhang mit der Corona-Krise relevant. „Corona-Daten Deutschland“ basiert auf einem Projekt, das 2020 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) initiiert wurde. Die im Rahmen des BMWi-Projekts aufgebaute Datensammlung stand bislang nur für die Forschung zur Verfügung. Das Statistische Bundesamt macht die Daten jetzt erstmals ohne Registrierung für die gesamte Öffentlichkeit zugänglich. Im Rahmen von „[EXDAT – Experimentelle Daten](#)“ wird das Informationsangebot sukzessive verbessert und weiter ausgebaut. Zielsetzung ist, bisher dezentral verfügbare Daten über Bundesländergrenzen hinweg zur Verfügung zu stellen und einen Vergleich zu ermöglichen. Die Datensammlung umfasst verschiedene inhaltliche Bereiche – vom Infektionsgeschehen bis hin zur Arbeitsmarktentwicklung. Zentral ist die regional differenzierte Darstellung der seit März 2020 ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Es ist die bislang einzige Datensammlung, die detaillierte Informationen über Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie strukturiert bereitstellt.

4. Zahl der Unternehmensinsolvenzen könnte steigen

Der Bankensektor, die Politik und die Aufsicht sollten sich auf steigende Unternehmensinsolvenzen einstellen. Das rät der Ausschuss für Finanzstabilität in seinem achten Bericht zur Finanzstabilität in Deutschland, der als Unterrichtung ([19/30738](#)) vorliegt. Darüber informierte der Deutsche Bundestag am 12. Juli 2021. Im weiteren Verlauf der Pandemie sei nicht auszuschließen, dass Insolvenzen im Unternehmenssektor und damit einhergehende Verluste im Bankensektor steigen. Simulationen ließen einen Anstieg der Zahl der Unternehmensinsolvenzen erwarten. Nach Ansicht des Ausschusses sollten zudem im Bankensektor und in der öffentlichen Verwaltung ausreichend Kapazitäten geschaffen werden, um mit steigenden Insolvenzen und notleidenden Krediten operativ umgehen zu können.

5. Jahresbericht „Bessere Rechtsetzung 2020“ beschlossen

Das Bundeskabinett beschloss in seiner Sitzung am 14. Juli 2021 den Jahresbericht „[Bessere Rechtssetzung 2020](#)“. Der Bericht bietet einen Überblick darüber, welche Be- oder Entlastungen für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung durch die Gesetzgebungsinitiativen der Bundesregierung verursacht werden. Das vergangene Jahr stand ganz im Zeichen der Pandemie und der laufende Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft stieg aufgrund von gesetzlichen Vorgaben des Bundes um 343 Millionen Euro an. Zudem war der Umstellungsaufwand mit drei Milliarden Euro aufgrund bestimmter notwendiger Regelungen im Bereich der Luftreinhaltung relativ hoch. Demgegenüber wurden Bürger in 2020 entlastet, deren Aufwand reduzierte sich um sechs Millionen Stunden und zusätzlich 218 Millionen Euro jährlich. Der Bericht zeigt, dass die 2015 beschlossene Bürokratiebremse weiterhin wirkt. Nach dem Prinzip „One in, one out“ müssen die Bundesministerien seit 2015 neu eingeführte laufende Belastungen für die Wirtschaft durch Entlastungen an anderer Stelle wieder ausgleichen. Laut dem Bericht verringerte die Bundesregierung in der 19. Legislaturperiode den unter die Bürokratiebremse fallenden Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft um rund 1,3 Milliarden Euro. Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich „Bessere Rechtsetzung“ war die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern: Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder beschlossen im Dezember 2020 erstmals ein gemeinsames Programm für eine leistungsstarke, bürger- und unternehmensfreundliche Verwaltung, das rund 50 Einzelmaßnahmen und Prüfaufträge enthält. Erste Maßnahmen konnten im Jahressteuergesetz 2020 sofort umgesetzt werden, bei anderen wird es noch dauern.

6. Hoher Wert der Freiberuflichkeit

Diesen skizziert BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki in der jüngsten Ausgabe des [Klartext](#), dem gesundheitspolitischen Magazin der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Gerade mit einem Perspektivwechsel kristallisiert sich der hohe Wert der Freiberuflichkeit für die heutige Zeit am Beispiel der Ärztin und des Arztes heraus: Patient zu sein in Deutschland garantiert eine Gesundheitsversorgung auf international höchstem Niveau. Ärztinnen und Ärzte leisten durch ihr enormes Engagement dazu einen herausragenden Beitrag. Dabei ist das System „Freier Beruf“ mit seinen Koordinaten und Werten elementar. Ärztinnen und Ärzte sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte sind systemrelevant. Wo es sie nicht gibt, da fehlen sie. Ein nachhaltiger Ansatz zur Wertschätzung ihrer im wahrsten Sinne Lebensleistung, wie sie sich in der Krise zeigt, ist, deren freiberuflichen Rechtsrahmen zu stärken.

7. Aktualisiertes Verzeichnis der Ausbildungsberufe veröffentlicht

Wie das Bundesinstitut für Berufsbildung [mitteilte](#), wurde das aktualisierte Verzeichnis der 324 anerkannten Ausbildungsberufe Ende vergangener Woche [veröffentlicht](#). Der Band führt alle 324 anerkannten Ausbildungsberufe in den Freien Berufen, in Industrie und Handwerk, im öffentlichen Dienst, in der Hauswirtschaft, der Landwirtschaft und der Seeschifffahrt auf. Überdies informiert er über Ausbildungsdauer, Rechtsgrundlagen, die Zuordnung zum Deutschen Qualifikationsrahmen sowie über die elf Ausbildungsberufe, die zum 1. August 2020 modernisiert wurden. Des Weiteren enthält er einen statistischen Teil, der die Zahlen zur Anzahl und zur quantitativen Entwicklung der Ausbildungsberufe sowie zur Zahl der Auszubildenden seit 1970 umfasst. Das Verzeichnis wird seit 1977 vom Bundesinstitut für Berufsbildung herausgegeben und erscheint jährlich.

8. Junge Erwachsene in der EU, die weder erwerbstätig noch in Ausbildung sind

17,6 Prozent der jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 34 Jahren waren 2020 in der Europäischen Union (EU) weder erwerbstätig noch in der allgemeinen und beruflichen Bildung: Das ist ein Anstieg von 1,2 Prozentpunkten gegenüber 2019. Der Wert für junge Frauen beträgt 21,5 Prozent, der für junge Männer 13,8 Prozent. Diese Anteile variierten in den EU-Mitgliedstaaten erheblich. Für Deutschland werden 13,4 Prozent beziehungsweise 8,9 Prozent verzeichnet. Das [teilte](#) das statistische Amt der Europäischen Union am 14. Juli 2021 mit.

9. Automatisierung komplexer Tätigkeiten

Der Anteil der Tätigkeiten, die heute schon potenziell von Computern erledigt werden könnten, stieg in Fachkraftberufen mit 4,6 und in Spezialistenberufen mit 4,8 Prozentpunkten zwischen 2016 und 2019 besonders stark an. In den Helferberufen stieg der Anteil mit 0,7 Prozentpunkten am wenigsten stark. Das geht aus einer am 13. Juli 2021 [veröffentlichten](#) Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor. Die höchsten Substituierbarkeitspotenziale sind noch immer in den Fertigungsberufen festzustellen; die niedrigsten in den sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen.

10. Unternehmen digitalisieren ihre Kommunikation

So halbierte sich der Anteil der Unternehmen, die das Fax häufig oder sehr häufig nutzen, seit 2016 fast: Vor fünf Jahren gaben acht von zehn Unternehmen (79 Prozent) an, häufig via Fax nach innen und außen zu kommunizieren. Heute sind es noch vier von zehn (43 Prozent). E-Mail (100 Prozent) und Festnetz-Telefon (98 Prozent) bleiben als Kommunikationskanäle dominant, doch Smartphones (89 Prozent), Onlinemeetings (67 Prozent), Messenger-Dienste (66 Prozent)

und Kunden- oder Mitarbeiterportale (60 Prozent) holen auf. Das zeigt eine Befragung des Digitalverbands Bitkom, deren Ergebnisse Ende vergangener Woche [veröffentlicht](#) wurden.

11. Lebenserwartung in Deutschland nahezu unverändert

Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt nach den Ergebnissen der Sterbetafel 2018/2020 für neugeborene Mädchen aktuell 83,4 Jahre und für neugeborene Jungen 78,6 Jahre. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) Ende vergangener Woche weiter [mitteilte](#), veränderte sich die Lebenserwartung von Neugeborenen damit im Vergleich zur vorangegangenen Sterbetafel 2017/2019 nur sehr geringfügig: bei Jungen um plus 0,01 Jahre, bei Mädchen um plus 0,04 Jahre. Hauptgrund für die nahezu stagnierende Entwicklung sind laut Destatis die außergewöhnlich hohen Sterbefallzahlen zum Jahresende 2020 im Zuge der zweiten Welle der Corona-Pandemie. Zuvor war die Lebenserwartung Neugeborener bei beiden Geschlechtern seit der Berechnung für die Jahre 2007/2009 jeweils um durchschnittlich 0,1 Jahre angestiegen.